

Stenographisches Protokoll

10. Bundesversammlung der Republik Österreich

Mittwoch, 9. Juni 1971

Tagesordnung

Angelobung des neugewählten Bundespräsidenten Dr. h. c. Franz Jonas

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzender: Vorsitzender des Bundesrates Dr. Hans Heger.

Schriftführer: Abgeordneter Machunze, Bundesrat Maria Hagleitner.

Vorsitzender: Hohe Bundesversammlung! In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundesrates verfassungsgemäß zum Vorsitz in der heutigen Bundesversammlung berufen, erkläre ich die Sitzung für eröffnet.

Die Bundesversammlung tritt am heutigen Tag im Sinne des Artikels 38 des Bundes-Verfassungsgesetzes zur Angelobung des Bundespräsidenten zusammen.

Das Amt der Schriftführer ersuche ich Herrn Abgeordneten zum Nationalrat Machunze und Frau Bundesrat Maria Hagleitner zu übernehmen.

Ich begrüße den Herrn Bundespräsidenten und ersuche ihn, das in der Verfassung vorgeschriebene Gelöbnis zu leisten, indem er die Gelöbnisformel, die ich nunmehr verlesen werde, nachspricht. *(Die Versammelten erheben sich von den Sitzen.)*

Zufolge Artikel 62 des Bundes-Verfassungsgesetzes lautet die Gelöbnisformel: *(Der Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel.)*

Bundespräsident Dr. h. c.
gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.

(Die Versammelten nehmen wieder ihre Plätze ein.)

Vorsitzender: Herr Bundespräsident! Sie haben zum zweitenmal das Gelöbnis als Bundespräsident der Republik Österreich abgelegt. Ich erlaube mir, Ihnen als Sprecher der Bundesversammlung unsere aufrichtige Gratulation zur Übernahme des höchsten Amtes im Staate zu übermitteln. *(Allgemeiner starker anhaltender Beifall. — Der Bundespräsident erhebt sich und dankt dem Hause.)*

Lassen Sie mich, Herr Bundespräsident, mit diesen Glückwünschen erneut die Bedeutung der Würde, aber auch der Bürde, die Sie soeben wieder übernommen haben, angesichts des erlesenen Forums, das sich hier zu Ihrer Angelobung versammelt hat, unterstreichen. Bei Platon finden wir in seiner „POLITEIA“ folgenden Satz:

„So haben wir denn aus den Wächtern solche Männer auszuwählen, die uns bei ihrer Beobachtung nach ihrem ganzen Leben am meisten den Eindruck machen, daß sie, was sie dem Staate für zuträglich halten, mit aller Bereitwilligkeit tun und anderes auf keine Weise betreiben wollen.“

Herr Bundespräsident, Sie sind für uns alle erneut zu jenem „Wächteramt“ berufen, das dem gesamten österreichischen Volk Vertrauen und Sicherheit garantiert. Die politische Erfahrung, Gerechtigkeit und staatsmännische Überlegenheit, „in einer wahren Demokratie das Staatsvolk in seiner Gesamtheit zum Gelingen des Vernünftigen gegen die Begehrlichkeit zu formieren“, scheinen mir Voraussetzungen zur Bewältigung der gegenwärtigen schweren Aufgaben, vor allem in unserem eigenen Lande, zu sein.

Sie, Herr Bundespräsident, treten in diesem Augenblick in Ihre eigenen Spuren. Die Realität, die mit Ihrem hohen Amt verbunden ist, läßt Sie erkennen, daß das Leben in jedem Staat, besonders aber in unserem herrlichen Vaterlande, der Kontinuität mit flexiblen Bandbreiten — um einen modernen Ausdruck zu verwenden — bedarf.

Möge Ihnen, Herr Bundespräsident, jener Stern voranleuchten, der in einer Zeit der kontradiktorischen und antipodischen, heftigen, verwirrenden Aktionen anderswo, unserem Volk aber den Weg für Ruhe, Ordnung, Gerechtigkeit und Besonnenheit weist.

Wir wissen, daß der gerechte Staat als ideale Form des Lebens zu verwirklichen sei, weil das Wesen des unverdorbenen Menschen von Natur nach dem gerechten Staatsleben verlangt und nur in ihm seine Erfüllung findet.

Sie, Herr Bundespräsident, sind in dieser Stunde wieder zum „Wächter“ des gerechten Staates für alle Österreicher geworden. Dazu darf ich Ihnen nochmals unsere aufrichtigen und besten Wünsche übermitteln. (*Allgemeiner starker Beifall.*)

Darf ich Sie nun, Herr Bundespräsident, ersuchen, Ihre Worte an die Bundesversammlung zu richten.

Bundespräsident Dr. h. c. Franz Jonas: Herr Vorsitzender! Hohe Bundesversammlung! In einer freien und direkten Wahl hat mich reichische Volk in meinem Amt bestätigt und mich für eine weitere Amtsperiode zum Bundespräsidenten der Republik Österreich bestellt.

Für einen Mann, der Jahrzehnte seines Lebens den Interessen des öffentlichen Wohles gewidmet hat, kann es kein größeres Gefühl der Genugtuung geben, als auf eine so eindrucksvolle Art bestätigt zu sehen, daß seine Haltung als richtig und seine Absichten als ehrlich anerkannt worden sind.

Zunächst danke ich Ihnen, Herr Vorsitzender, für die Begrüßung und die guten Wünsche, die Sie im Namen der Bundesversammlung an mich gerichtet haben.

Als Bundespräsident habe ich bei meinem Amtsantritt keine Regierungserklärung abzugeben. Es drängt mich aber, ein persönliches Wort darüber zu sagen, welche Vorstellungen und Überlegungen mich gerade in dieser Stunde bewegen.

Meine Damen und Herren! Ich werde auch in meiner zweiten Amtsperiode nach bestem Wissen und Gewissen alle meine Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen in den Dienst der Republik Österreich und in den Dienst aller unserer Mitbürger stellen, so wie ich es immer zu tun bemüht war.

Die Befugnisse, die die Bundesverfassung dem Bundespräsidenten einräumt, werde ich sehr gewissenhaft, aber mit gebotener Zurückhaltung anwenden. Denn der Bundespräsident hat darauf Bedacht zu nehmen, daß die Verfassung auch noch andere Institutionen eingerichtet hat, die in unserem Rechtsstaat die Interessen des Bundesvolkes wahrzunehmen haben: die gesetzgebenden Körperschaften, die Bundesregierung, die Organe der Rechtsprechung, die Bundesländer und die Gemeinden.

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ So lautet der Artikel 1 unserer Bundesverfassung. Österreich bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie. Aber die Demokratie ist nicht auf einem Naturgesetz begründet, sie ist kein

Produkt der Natur, sondern Menschenwerk und entspricht somit einem historischen Entwicklungsprozeß. Deshalb ist sie dem Drang nach Veränderung und Verbesserung unterworfen. Bei der Diskussion darüber kommen uns die Erfahrungen zugute, die im Laufe der Zeit bei uns und in anderen Ländern gesammelt werden konnten. Wir bejahen vorbehaltlos alle Bestrebungen zur organischen Entwicklung unserer demokratischen Einrichtungen, weil es gefährlich wäre, würde sie in Gegensatz kommen zu den echten und begründeten Bedürfnissen unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Aber wir müssen uns notfalls mit aller Leidenschaft dagegen wehren, würden die auf unserem Boden gewachsenen und im internationalen Zusammenleben bewährten demokratischen Grundsätze und Einrichtungen durch falschverstandene, wenn auch gutgemeinte Bestrebungen in Frage gestellt werden.

Die Beschleunigung des allgemeinen Entwicklungsprozesses, die unter anderem in der Informationsexplosion ihren zeitgemäßen Niederschlag findet, hat auch bei uns zu einer größeren Mobilität des öffentlichen Lebens geführt. Dem beschleunigten Tempo der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung muß anscheinend eine raschere Aktion und Reaktion im gesellschaftlichen, im politischen Leben entsprechen. Das bedeutet nicht, daß wir die altbewährten Wege verlassen müssen, aber es bieten sich zusätzlich andere Wege an. Von dieser Möglichkeit wurde zum Beispiel in der Zweiten Republik erstmals im Jahre 1966 Gebrauch gemacht, als durch die größere Mobilität der Wähler eine fühlbare Kräfteverlagerung zwischen den politischen Parteien eintrat. Im Jahre 1970 hat sich dann ein ähnlicher Vorgang unter anderen Vorzeichen abgespielt. Wenn auch ein Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien stattfindet, so ändert sich aber, wie ich mir bereits mehrmals zu sagen erlaubte, nichts an der gemeinsam zu tragenden Verantwortung aller im Nationalrat vertretenen Parteien, wenn es um Lebensfragen des Staates geht.

Ein erfreuliches Beispiel dieser gemeinsamen Verantwortung spielte sich erst kürzlich ab, als über Nacht ein schwieriges und wichtiges Währungsproblem zu lösen war. Die Art, in der die rasche Übereinstimmung zwischen der Regierung, der Nationalbank, den politischen Parteien und den Kammern in dieser Frage hergestellt wurde, hat in der Öffentlichkeit größte Befriedigung und Sicherheit hervorgerufen.

Eine andere, mindestens ebenso wichtige gemeinsame Aufgabe steht noch vor der Lösung. Es ist die Reform des Bundesheeres, die eigentlich immer aktuell war, mehrmals

am 2.

auf Teilgebieten begonnen, aber immer stekengeblieben ist. Jetzt haben sich die politischen Parteien grundsätzlich zur Durchführung der Heeresreform bekannt. Es ist verständlich, daß im Zusammenhang damit alle Seiten des Reformproblems gründlich diskutiert werden. Das soll aber nicht so weit gehen, daß man im Eifer der Diskussion das Wichtigste außer acht läßt, nämlich das Bundesheer. Ich bin überzeugt davon, daß die übergroße Mehrheit unseres Volkes, auch die wehrpflichtigen jungen Männer, die Notwendigkeit des Bundesheeres bejahen. Die Erkenntnis, daß wir für den Schutz unseres Landes und für die Behauptung der Neutralität aus eigener Kraft zu sorgen haben, läßt sich durch noch so gutgemeinte anderslautende Wünsche nicht außer Kraft setzen. Deshalb gebe ich heute der Hoffnung Ausdruck, daß die im Gang befindlichen Verhandlungen zur Bundesheerreform so abgeschlossen werden, daß an der Verteidigungsbereitschaft Österreichs nirgends ein Zweifel besteht. Diese Verteidigungsbereitschaft muß vom ganzen österreichischen Volk materiell und moralisch gesichert sein. Die Aufgabe der jeweiligen Bundesregierung wird es dann sein, durch eine konsequente Friedens- und Verständigungspolitik die Gefahren für die Sicherheit und für den Bestand unseres Landes so weit wie möglich zu vermindern. Zu einer solchen Friedenspolitik als notwendige Ergänzung unserer Verteidigungsbereitschaft wird unser Volk sicher immer seine Zustimmung geben.

Österreich hat aus mehreren Gründen die Entwicklung der internationalen Politik mit besonderem Interesse zu verfolgen. Die immerwährende Neutralität gewährt uns manche willkommene Erleichterung, sie verpflichtet uns aber auch zur Übernahme von Verantwortungen im Zusammenleben der Völker. Seit dem Jahre 1955 ist die immerwährende Neutralität eine der festen Grundlagen der österreichischen Politik, sie ist zu einem festen Bestandteil im Bewußtsein des österreichischen Volkes geworden. Sie hilft uns auch bei der Pflege der freundschaftlichen Beziehungen mit allen Völkern und bei der Herstellung eines optimalen Verhältnisses zu unseren Nachbarn. Österreich wird deshalb weiterhin bemüht sein, durch eine gewissenhafte und verantwortungsbewußte Handhabung der Neutralität zur Stärkung der Sicherheit in Europa beizutragen. Ich freue mich feststellen zu können, daß die Haltung Österreichs in dieser Hinsicht immer unverändert geblieben ist. Das kommt unter anderem auch dadurch zum Ausdruck, daß sowohl die Regierung Klaus als auch die Regierung Kreisky zur Frage einer europäischen Sicherheitskonferenz eine positive Stellungnahme bezogen haben.

Meine Damen und Herren! So eindeutig wie das Bekenntnis zur Neutralität ist auch unser Bekenntnis zur freien Welt. Wir sind ihr nicht nur durch eine gemeinsame Geschichte verbunden, sondern auch durch die eigenen Erfahrungen unserer Generation. Wir bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie. In ihrem Schutze werden die gesellschaftlichen Gegensätze mit geistigen Waffen ausgetragen. Sie garantiert noch am ehesten die Freiheitsrechte und die Würde des Menschen. Sie ermöglicht die menschlichste Form des Zusammenlebens.

Wir verabscheuen deshalb zutiefst, daß sich in der Welt immer wieder Fälle von Gewaltanwendung und von Entführungen ereignen, bei denen Menschenleben bedenkenlos aufs Spiel gesetzt werden, um vermeintliche Rechte durchzusetzen. Wir verurteilen grundsätzlich die Anwendung von Brutalität und Gewalt im Zusammenleben der Menschen. Die demokratische Lebensart des österreichischen Volkes, das dauernde Bemühen um die soziale Gerechtigkeit und die Sicherung der staatsbürgerlichen Freiheiten haben unseren inneren Frieden vor ernsthaften Erschütterungen bewahrt. Wir sollten uns deshalb immer daran erinnern, daß wir der Wohlfahrt unseres Volkes am besten dienen, wenn wir die vorhandenen Interessensgegensätze in einem verantwortungsbewußten Miteinander austragen.

Wenn wir einen Blick über die Grenzen unseres Landes werfen, sehen wir eine Welt, die von fundamentalen Widersprüchen geprägt ist. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung sprengen jedes bisherige Maß. Ihre Begleiterscheinungen sind charakteristische Wachstumsschwierigkeiten und vermehrte Spannungen wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Natur. Die internationalen Konfliktsituationen werden dadurch zusätzlich verschärft. Die Bewahrung des Friedens in der Welt ist zur Schicksalsfrage der Menschheit geworden. So sehr wir um den Frieden bangen müssen, glauben wir aber doch feststellen zu können, daß allseits das ehrliche Bemühen vorhanden ist, eine Katastrophe zu verhindern.

Ich appelliere vor diesem hohen Forum an die verantwortlichen Staatsmänner in Ost und West, das legitime Sicherheitsbedürfnis ihrer Völker nicht auf eine Vermehrung der Rüstung, sondern auf ein steigendes gegenseitiges Vertrauen zu begründen. Wir Österreicher empfinden deshalb Genugtuung, daß unsere Bundeshauptstadt einer der beiden Tagungsorte für die Gespräche zur Beschränkung der strategischen Rüstungen ist. Die amerikanische und sowjetische Delegation sind zuletzt in Wien zu einem ersten greifbaren Ergebnis gekommen, das für die Zukunft einen vorsichtigen Optimismus durchaus erlaubt.

Soweit es auf das neutrale Österreich ankommt, sollen von unserer Seite die Bemühungen zur Sicherung des Friedens mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert werden. Wir bekennen uns mit jeder unserer Handlungen zur friedlichen Zusammenarbeit der Völker im Sinne der Charta der Vereinten Nationen. Wir haben gegen niemand feindliche Absichten und respektieren die Lebensinteressen der anderen Völker. Ebenso erwarten wir aber, daß die Lebensinteressen Österreichs von den anderen Ländern geachtet werden, damit es als gleichberechtigtes Mitglied seinen Platz in der Völkerfamilie bewahren kann. Ich werde auch in Zukunft im Namen Österreichs meine Stimme erheben, wenn es um die Bewahrung des Friedens, um die Überwindung von Haß und Mißtrauen, um die Sicherung des menschlichen Fortschritts im Sinne der Humanitas geht.

Österreich hat den Vorzug, daß seine Bundeshauptstadt Wien als Sitz zweier bedeutender Organisationen der Vereinten Nationen auserwählt wurde: der Atombehörde und der UNIDO. Beide Organisationen arbeiten für Fortschritt und Frieden, besonders im Hinblick auf die Dritte Welt. Ich erachte es deshalb als ein zwingendes Gebot für Österreich, die Pflichten der internationalen Solidarität mit besonderer Bereitschaft zu erfüllen.

Hohe Bundesversammlung! Als Bundespräsident, der sein Amt neuerlich antritt, habe ich das Bedürfnis, besonders auf die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hinzuweisen, wie sie in der Verfassung festgelegt ist. Wenn sie ihre Rechte gegenseitig respektieren, wird sich der bundesstaatliche Aufbau unseres Landes zu unser aller Vorteil auswirken. Ich bekenne

mich aber auch zu der Auffassung, daß die Zusammenarbeit der verfassungsmäßigen Körperschaften ergänzt und erweitert werden sollte durch die Zusammenarbeit aller demokratischen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Landes auf der Basis der gemeinsamen Verantwortung für unseren Staat. So lange mit ihrer Hilfe der innere Frieden gesichert ist, so lange wird Österreich in der Lage sein, seine demokratische und rechtsstaatliche Form zu bewahren.

Meine Darlegungen sollen ausklingen mit einem herzlichen Gruß an das österreichische Volk, dem wir uns alle zutiefst verbunden fühlen. Sie sollen ausklingen mit einem Gruß an die kommende neue Zeit. Wir werden ihr die Tore öffnen, wir werden bereit sein, mit ihr unsere Kräfte zu messen.

Möge unser Volk seinen guten Kern bewahren. Möge ein guter Stern unser Volk auf dem Weg in eine erfolgreiche und friedliche Zukunft begleiten!

Es lebe unsere Heimat, die Republik Österreich! (*Allgemeiner starker langanhaltender Beifall.*)

Vorsitzender: Ich danke Ihnen, Herr Bundespräsident, für Ihr erneutes Bekenntnis zu Frieden, Ordnung und Gerechtigkeit nach innen und nach außen.

Es lebe der Herr Bundespräsident! Es lebe unser geliebtes Vaterland, die Republik Österreich! (*Erneuter allgemeiner Beifall. — Die Versammelten erheben sich von den Sitzen. — Der Wiener Trompeterchor trägt die Bundeshymne vor, die von den Anwesenden mitgesungen wird.*)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 30 Minuten